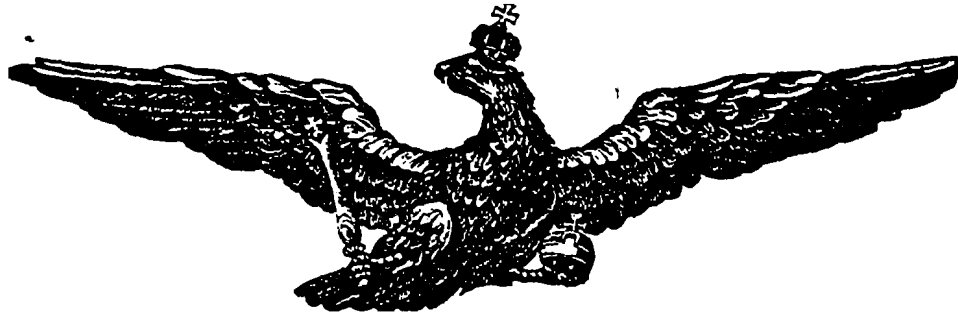


# Teltower Kreisblatt.

Ercheint  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonnabends.  
Abonnementspreis 1 Mark 25 Pf.  
pro Quartal.  
Abonnements werden von sämtlichen  
Post-Anstalten, Briefträgern und von  
Agenten im Kreise angenommen.



Inserate  
werden in der Expedition:  
Berlin W., Potsdamer Straße 26 b.  
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus  
und den Agenturen im Kreise angenommen.  
Preis der einfachen Petit-Zeile  
oder deren Raum 20 Pfennige.

Postdruck-Anschluß Nr. 1371

Postdruck-Anschluß Nr. 1371.

Nr. 12.

Berlin, Sonnabend, den 28. Januar 1888.

32. Jahrg

Abonnements auf das „Teltower Kreisblatt“  
(Preis 1 Mark 25 Pf. excl. Bringerlohn)  
werden noch fortwährend von den Kaiserlichen Post-  
anstalten, den Landbriefträgern und unseren Expedi-  
teuren entgegengenommen.  
Die bereits erschienenen Nummern werden gratis  
nachgeliefert. Die Expedition.

## A m t l i c h e s.

Berlin, den 18. Januar 1888.

### Bekanntmachung.

Seitens der Königl. Intendantur III. Armeecorps sind an Serviz-Vergütung für die Monate Juli, August und September 1887 angewiesen worden für die Gemeinde Budow 65 Mark 49 Pf. das Gut Klein-Ollendick 24 „ 50 „ die Gemeinde Groß-Beeren 1 „ 45 „ „ „ „ Gütergoh 194 „ 91 „ „ „ „ Zühndorf 14 „ 60 „ „ „ „ Lankwitz 52 „ 76 „ „ „ „ Lichtenrade 20 „ 58 „ „ „ „ Groß-Lichterfelde 175 „ 4 „ „ „ „ Klein-Machnow 21 „ 95 „ „ „ „ Mariensfelde 36 „ 96 „ „ „ „ Nowawes 29 „ 85 „ „ „ „ Rudow 127 „ 50 „ „ „ „ Schmargendorf 35 „ 39 „ „ „ „ Stolpe 139 „ 48 „ „ „ „ Tempelhof 569 „ 40 „ „ „ „ Zehlendorf 101 „ 51 „

Die betreffenden Gemeinde-Vorstände ersuche ich er-  
nebenst, die Untervertheilung der Beträge an die einzelnen  
Empfangsberechtigten zu bewirken

#### Der Vorsitzende

des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.  
J. W. A. Kiepert, Kreis-Deputirter.

Berlin, den 19. Januar 1888.

### Bekanntmachung.

Die Königl. Intendantur des III. Armeecorps hat die Proviant-Aemter zum vorzugsweisen Ankauf von Roggen, Hafer, Heu und Stroh aus erster Hand, also von Gutbesitzern, Bauern und Landwirthen angewiesen. Da das Abtragen des angekauften Naturalis in die Magazin-Räume vom Verkäufer zu bewerkstelligen ist, so würde es zweckmäßig sein, daß die Besitzer, welche Naturalien an Proviant-Aemter verkaufen wollen, und zum Abtragen derselben nicht genug Arbeitskräfte mitbringen können, sich zuvor schriftlich hierüber mit denselben in Verbindung setzen.

Es würden dann die erforderlichen Arbeitskräfte auf Kosten der Verkäufer gestellt werden.

Die Bezahlung des abgenommenen Naturalis erfolgt sofort.

Der Beginn und der Schluß der Ankaufsperiode, sowie das erforderliche Mindestgewicht und die zugelassenen höchsten Preise des Naturalis werden von Zeit zu Zeit im Kreisblatt bekannt gemacht werden.

#### Der Landrath des Kreises Teltow.

J. W. A. Kiepert, Kreis-Deputirter.

Berlin, den 19. Januar 1888.

### Bekanntmachung.

Seitens der Königl. Intendantur des Garde-Corps sind an Vergütung für gestellten Vorspann für den Monat August 1887 angewiesen worden für die Gemeinde Rixdorf 31 Mk. 50 Pf. für die Gemeinde Deutsch-Wilmersdorf 26 Mk. 25 Pf.

Die betreffenden Gemeinde-Vorstände ersuche ich ergebenst, die Untervertheilung der Beträge an die einzelnen Empfangsberechtigten zu bewirken.

#### Der Vorsitzende

des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.  
J. W. A. Kiepert, Kreis-Deputirter.

## Personal-Chronik.

Der Kossath Gottlob Krüger zu Schwerin ist zum Schöffen der Gemeinde Schwerin gewählt und als solcher bestätigt worden.

## N i c h t a m t l i c h e s.

### Das Volksschulastengesetz.

Jahre lang ist die Erleichterung der Volksschulasten als ein ganz selbstverständliches Ziel, über welches kaum diskutiert zu werden brauche, und Jahrzehnte lang die Durchführung der von der Verfassung geforderten Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts als erstrebenswerth und nothwendig erachtet worden. Jetzt, wo es sich darum handelt, vorhandene Mittel möglichst bald zu diesem Zwecke zu verwenden, schießen — das hat die Verabreichung des Gesetzentwurfs über die Erleichterung der Volksschulasten im Abgeordnetenhaus am Dienstag gezeigt — die Bedenken dagegen wie Pilze hervor.

Das Centrum hat seine politischen Bedenken es fürchtet die Stärkung der Macht des Staates gegenüber der Schule. Von einem Mitgliede dieser Partei werden ferner verfassungsmäßige Bedenken zur Geltung gebracht Artikel 25 der Verfassung schreibt vor, daß die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens, ergänzungsweise vom Staate aufgebracht werden. Von einer anderen Seite werden finanzielle Bedenken in den Vordergrund gestellt, es sei keine Bürgschaft dafür vorhanden, daß der Staat dauernd zu solchen Aufwendungen für die Schule im Stande sein werde. Ein Theil der Bedenken richtet sich gegen die proviso rische Natur der vorgeschlagenen Regelung, an deren Stelle eine organische Regelung der Schulunterhaltungspflicht treten müsse. Andere Bedenken werden wieder aus dem Maßstabe hergeleitet, welcher die Vertheilung der vorhandenen 20 Millionen Mark zu Grunde gelegt werden soll nach dem Einen wird das Schulinteresse darunter leiden, wenn für die Lehrer an einklassigen Schulen ein größerer Betrag von Seiten des Staates gezahlt wird, wie für zweite oder dritte Lehrkräfte an mehrklassigen Schulen, weil dies die Umwandlung mehrklassiger in einklassige Schulen begünstigen müsse, nach dem Anderen werden durch die Wirkung des Gesetzes die ländlichen Gemeinden gegenüber den städtischen bevorzugt sein, und schließlich ist auch von einigen Seiten die Aufhebung des Schulgelbes aus dem Grunde bemängelt worden, daß der Ertrag aus demselben für manche Gemeinden wesentlich höher ist, wie der staatliche Beitrag für die Lehrstellen sein wird, und daß also diesen Gemeinden die Nothwendigkeit erwachsen wird, ihre Eingekessenen zur Tragung der Schul-lasten noch stärker als bisher mit Steuern heranzuziehen. Daß sich wieder andere Bedenken in der Richtung neuer Forderungen für die Lehrer selbst bewegen, verleiht sich bei der Ueberfülle von Kritik, deren Schleusen sich hier so weit geöffnet haben, beinahe von selbst.

Daß einige Einwendungen völlig unzutreffend sind oder sich leicht beheben lassen, bedarf keiner Ausführung. Wollte man aber auch nur den an den Vertheilungsmaßstab geknüpften Bedenken volle Rechnung tragen, so würde man vor der Hand überhaupt zu keinem Resultat kommen können und auf die Wohlfahrt der Erleichterung der Volksschulasten bezw. der Aufhebung des Schulgelbes lieber verzichten müssen. Denn eine proviso rische Regelung und eine Vertheilung bei so verschiedenartigen Verhältnissen, wie sie in Bezug auf das Schulwesen in Preußen bestehen, wird immer mit einigen Unzuträglichkeiten verbunden sein. Aber vereinzelt hervortretende Mißverhältnisse können für die Beurtheilung des Ganzen unmöglich in's Gewicht fallen. Vielleicht mag bei der ferneren Verathung ein Vertheilungsmaßstab gefunden werden, welcher allen vorhandenen Bedürfnissen noch besser Genüge leistet, und vielleicht noch dieses oder jenes Bedenken Berücksichtigung finden. Aber hoffentlich — und zu dieser Hoffnung berechtigen uns auch die gehaltenen Reden — wird über allen diesen Bedenken und Rücksichten nicht die Hauptsache vergessen werden, daß jetzt mit dem alten Reformprogramm endlich ein thatsächlicher Anfang gemacht werden muß Uebernahme eines Theils der persönlichen Volksschulasten auf die Staatskasse und Aufhebung des Schulgelbes. Wenn dergleichen mit einem proviso rischen Nothgesetz erreicht werden kann, so möchten wir den Abgeordneten sehen, der wegen etwaiger damit verbundener Unebenheiten gegen dasselbe stimmen und lieber auf eine organische Regelung der Schulunterhaltungspflicht warten, oder sonst etwas anderes haben will. Der Kultusminister hat die gegenwärtige Vorlage als einen neuen Wechsel auf das Dotationsgesetz bezeichnet wer ihr Zustandekommen fördert, ebnet damit auch der schließlichen Erreichung dieses letzteren Ziels den Weg, wo alsdann alle proviso rischen Mängel beseitigt und ausgeglichen werden können.

Unser Kaiser, dessen Befinden andauernd gut ist, nahm am Donnerstag den Vortrag des Grafen von Perponcher entgegen und ertheilte mehreren höheren Offizieren Audienz. Mittags hielt General von Albedyll Vortrag. Zum Diner waren keine Einladungen ergangen, da Abends größere Soiree im Palais stattfand. — Die Vorstellung der Kadetten, welche zum Frühjahr in die Armee eintreten, vor dem Kaiser erfolgt am heutigen Sonnabend. — Die Prinzessin Friedrich Karl ist leicht erkrankt. — Gestern, Freitag, wurde am Hofe der Geburtstag des Prinzen Wilhelm festlich begangen.

Vom Kronprinzen. Am Donnerstag machte der Kronprinz wieder eine Frühpromenade und unternahm eine Spazierfahrt. Ueber die Tags vorher, wie bereits gemeldet, stattgehabte schöne Feier seines 30jährigen Hochzeitstages äußerte er sich mit herzlicher Freude. — Der Großherzog und Prinzessin Irene von Hessen sind in San Remo eingetroffen. — Heute reist Madama wieder von London ab und begiebt sich direkt nach San Remo, um den Fortschritt in der Besserung des hohen Patienten festzustellen.

Die politische Lage ist andauernd bedroht, und wenn auch das Petersburger Journal wieder einmal in den süßesten Tönen Friedensmelodien bläst, die Mächte lassen sich durch diesen Sirenenesang nicht einschläfern. Vielleicht hat diese Friedensundgebung den Zweck gehabt, die Aufmerksamkeit Deutschlands und Oesterreichs von verschiedenen militärischen Maßnahmen abzulenken, denn es ist Thatsache, daß den verschiedenen russischen Localbrigaden Generalstabsoffiziere zugetheilt werden welche das Material zur Vorbereitung einer Mobilisirung ausarbeiten sollen. Ferner steht es fest, daß Rußland ununterbrochen an seine Schlagfertigkeit arbeitet. Anfang Februar soll bereits eine Konferenz über die Mobilisationsarbeiten in Petersburg stattfinden. Das Petersburger Journal motivirt seine Friedensstimmen durch Widerlegung der Nachricht, daß das kaukasische Armeekorps nach der Westgrenze verlegt werden solle. Daran sei um so weniger zu denken, als eine große Aktion in Klein-Asien begangen werden, die letzten Worte können nicht mißverstanden werden, sie bedeuten eine direkte Drohung an die Türkei. Da der Czar Bulgarien nicht direkt bekommen kann, will er es auf dem Umwege über Klein-Asien zu erlangen suchen, und er hat einen Grund: die rückständigen türkischen Kriegskostenzahlungen. Der Sultan soll zum Vorgehen gegen Bulgarien gezwungen werden, oder der Czar nimmt Erzerum. Das scheinen Rußlands's Pläne zusein. Die Türkei hat in richtiger Erkenntniß dieser Politik auch schon ihre Positionen in Klein-Asien bedeutend verstärkt. — Immerhin ist diese Mittheilung des Petersburger Journals noch nicht geeignet, als eine Erklärung der russischen friedensbedrohenden militärischen Maßnahmen an seine Westgrenze zu dienen.

In der Militärkommission des Reichstages erklärte am Donnerstag der Kriegsminister anlässlich der zweiten Lesung der Wehrvorlage, daß sich die Kosten derselben auf 280 Mill. Mark belaufen. Es sei diese Summe nur eine einmalige nöthige Ausgabe, welche in der Hauptsache dauernde Ausgaben außer der Verzinsung nicht nach sich ziehen würde. Dauern bleiben nur die Ausgaben für die Verstärkung des Bureaudienstes und die Erhaltung der nothwendigen neuen Gebäude. Die neue Armee würde im Frieden nur auf dem Papier stehen, im Kriege aber zu Fleisch und Blut werden. Im Frieden würde sie daher nur wenig kosten. An ausgebildeten Offizieren werde es im Ernstfalle nicht fehlen. Die neue große Forberung erfolge im Interesse des Vaterlandes. Eine Erklärung aber, daß dies die letzte militärische Forberung sein werde, könne er nicht abgeben, da er mit einer ähnlichen Erklärung im vorigen Jahre zu seinem Leidwesen kein Glück gehabt. Von verschiedenen Seiten wurden darauf Einzelheiten über die Verwendung der 280 Millionen erbeten. Der Kriegsminister antwortete, diese Forberung sei anzuerkennen, doch müsse man in Betracht ziehen, daß es nicht gut wäre, die Einzelheiten fremden Staaten zu entwickeln. Unter diesem Gesichtspunkte empfehle sich Geheimhaltung der einzelnen Darlegungen. Die 280 Millionen sind für Waffen und Munition, Feldgerät, Ausrüstung und Kleidung, Verpflegungskosten, Sanitätswesen und Bureau-Ausgaben. Die Wehrvorlage selbst wurde von der Kommission in zweiter Lesung mit nur redaktionellen Aenderungen angenommen. An der zweiten Verathung im Plenum des Reichstages wird Fürst Bismarck bestimmt theilnehmen.

Der Bundesrath genehmigte am Donnerstag die Anleihevorlage zum neuen Wehrgesetz im Betrage von 280 Mill. Mark. Die Summe ist zwar hoch, aber man muß dagegen die Vortheile in Anschlag bringen, welche mit der Sicherung des heimischen Heerdes, der Machtstellung des Reiches gegenüber drohenden Kriegsgefahren, d. h. zugleich mit einer stärkeren Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens verbunden sind.

Im nichtamtlichen Theile des „Reichs Anzeigers“ wird die Neubesezung des Bischofsstuhles in Fulda durch den bisherigen Dekan und Stadtpfarrer Joseph Weyland zu Wiesbaden gemeldet.

Verkehrswesen. Wie der Minister Maybach am Sonnabend im Landtage bereits angekündigt hat, sind die Königl. Eisenbahn-Direktionen angewiesen, die sämtlichen Personen-Tarife der preussischen Staatsbahnen nach einheitlichen Grundtagen bis zum 1. April 1889 umzurechnen. Als Grundtagen sind die bisherigen sogenannten preussischen Normaltagen angenommen. für Schnellzüge I. Klasse 9 Pf., II. Klasse 6 1/2 Pf. III. Klasse 4 1/2 Pf., für Personenzüge I. Klasse 8 Pf., II. Klasse 6 Pf., III. Klasse 4 Pf., IV. Klasse 2 Pf. für das Kilometer. Für Retourbillets werden die um 50 pCt. erhöhten einfachen Fahrpreise berechnet, auf Schnellzugstrecken die um 50 pCt. erhöhten Schnellzugpreise, auf